



POLEN-ANALYSEN

www.polen-analysen.de

GESCHICHTSPOLITIK

- ANALYSE
Die polnische Geschichtspolitik nach 1989 2
Krzysztof Ruchniewicz, Breslau

- DOKUMENTATION
»Angewandte Geschichte« – Lech Kaczyński im Interview 8
Warum mit der Geschichte regieren? – Eine Debatte 12

- CHRONIK
Vom 18. September bis zum 01. Oktober 2007 18

Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Die polnische Geschichtspolitik nach 1989

Krzysztof Ruchniewicz, Breslau

Zusammenfassung

Der Terminus »Geschichtspolitik« ist einer der vielen Begriffe, die in die gegenwärtige politische Debatte – oder eher Auseinandersetzung – in Polen Einzug gehalten haben und immer größere Kontroversen hervorrufen. Dazu kam es aufgrund der Art und Weise, wie dieser Begriff von den rechten Parteien, die in den letzten zwei Jahren die Regierung stellten, angewendet wird, insbesondere von *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)*. In verschiedenen öffentlichen Äußerungen der PiS in den Jahren 2004 – 2006 fiel als unumstößliches Axiom die Feststellung, dass Polen bis zu diesem Zeitpunkt keine Geschichtspolitik gehabt habe. Dies soll zu bedauerlichen Folgen im gesellschaftlichen Leben und im Außenbild Polens geführt haben. Geäußert wurden auch deutlich negative Bewertungen über die junge Generation, dass sie weniger patriotisch als die vorangegangene sei und dass ihr sogar der Verlust der nationalen Identität drohe. Da wieder mit Vergnügen verkündet wird, dass *historia magistra vitae est*, ist die Frage umso aktueller geworden, was und wie man sie lehren soll.

Offizielle Geschichtspolitik versus historisches Gedächtnis

Das Thema Geschichtspolitik ruft eine Reihe von Fragen hervor. Erstens, ob der Bereich der historischen Bildung der Gesellschaft nach 1989 in Polen tatsächlich so vollkommen vernachlässigt worden ist. Zweitens, welche Aufgaben der Staat auf diesem Gebiet hat, und wo die Grenze zwischen patriotischer oder historischer Erziehung einerseits und Indoktrinierung nach den Vorstellungen der gerade regierenden Partei andererseits verläuft – was nur zu gut aus der Zeit des Kommunismus bekannt ist. Drittens, mit welchen Mitteln man die Geschichtspolitik in Bezug auf die eigene Gesellschaft und die internationale Meinung umsetzt. Viertens, welches Ziel die Geschichtspolitik verfolgen soll, d.h. welches Bild der polnischen Geschichte eingepreßt und welches Patriotismusmodell propagiert werden soll.

Der Begriff der Geschichtspolitik wurde aus der deutschen wissenschaftlichen und publizistischen Literatur übernommen. Die wissenschaftliche Reflexion über den Gegenstandsbereich und die Untersuchungsmethoden steckt nach Einschätzung der bekannten Politologin und Kennerin der deutsch-polnischen Beziehungen, Anna Wolff-Powęska, noch in den Kinderschuhen. Das hat zur Folge, dass der sachliche Gehalt vieler Stimmen in der Diskussion gering ist und vor allem die subjektiven Ansichten und politischen Überzeugungen ihrer Vertreter kundtut. Dies betrifft überwiegend die Seite, die sich für eine sog. harte, d.h. vom Staat geleitete, Geschichtspolitik ausspricht. Bei vielen Menschen in Polen, darunter bei einem Großteil der Geschichtswissenschaftler, weckt allerdings der Begriff der Geschichtspolitik negative Assoziationen, denn er

ruft Erinnerungen an die einstige Unterordnung der Geschichte, insbesondere der neuesten, unter die Ziele der Nazi- bzw. kommunistischen Diktatur hervor. Unter den Bedingungen der politischen Unterdrückung diente die Geschichte allein als Reservoir für geeignete Fakten und Argumente, die das laufende Geschehen rechtfertigen sollten. Allerdings war das Monopol des kommunistischen Staates, der Gesellschaft eine bestimmte Sicht der nationalen Vergangenheit zu vermitteln sowie historischer Ereignisse zu gedenken und sie zu erforschen, in Polen nie vollständig. Dies lag auch an der stark im kollektiven Gedächtnis verwurzelten Erfahrung der Unfreiheit, d.h. der über einhundert Jahre dauernden Teilung Polens und des Kampfes um die Bewahrung der nationalen Identität. Dies bewirkte, dass in polnischen Familien die Weitergabe von historischen Traditionen, die unabhängig vom aktuellen politischen System waren und sich häufig auf Taten und Erlebnisse von Familienmitgliedern stützten, sehr ausgeprägt war. Diese private Geschichte gewann unter den Bedingungen der Diktatur auf nahezu natürliche Weise an Glaubwürdigkeit, hatte sich doch das Misstrauen gegenüber dem Staat und seinem Vorgehen schon vor Generationen fast natürlich ausgeprägt. Das Primat der sog. nicht-offiziellen Geschichte begünstigte auch die primitive Behandlung historischer Themen seitens der polnischen Kommunisten, insbesondere in der Zeit des Stalinismus, d.h. von 1948 bis 1955, sowie späteres Verfälschen und Verschweigen. Dies wurde in für die Gesellschaft so sensiblen Bereichen wie den polnisch-russischen Beziehungen und Fragen der neuesten nationalen Geschichte angewandt, wie der Machtübernahme durch die Kommunisten und gesellschaftlichen Protesten. Ein Bereich der

Vergangenheitsrezeption, der den Kommunisten und der ihnen untergeordneten Gesellschaft gemeinsam war, waren dagegen die polnisch-deutschen Beziehungen, wozu v.a. die schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs sowie die Ablehnung der neuen polnisch-deutschen Grenze nach dem Krieg durch die Bundesrepublik Deutschland beitrugen. Die historische Kontinuität des Konflikts mit den Deutschen schien den Polen hinreichend bewiesen, und die Ängste vor dem deutschen Revisionismus nutzte das kommunistische Regime bis Anfang der 1970er Jahre aus. Eine große Rolle für die Bewahrung des historischen Gedächtnisses, das nicht der offiziellen Interpretation entsprach, spielte die katholische Kirche in Polen, wobei dies ihre traditionelle Rolle schon seit den polnischen Teilungen war, als die Institution Kirche eine quasi nationale Institution war, ein Ort, wo nicht nur die Glaubensgemeinschaft, sondern auch die nationale Gemeinschaft gepflegt wurde.

Die Niederlage der polnischen Kommunisten im »Krieg um die Erinnerung« war jedoch nicht vollständig, zumal ein Teil ihrer Anstrengungen dauerhafte Ergebnisse zeitigte. Zwar gelang es nicht, den Kult der neuen Helden zu verwurzeln und ein ausschließlich negatives Bild der polnischen Staatlichkeit der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zu festigen oder ein allein gültiges Bild der polnisch-sowjetischen Beziehungen einzupflanzen. Gestärkt wurde aber ein polenzentriertes Bild der Geschichte Europas ebenso wie der Kult eines opferbereiten Patriotismus und der Hingabe. Während die Neigung der polnischen Seele zum Märtyrertum gepflegt wurde, wurde die Erfahrung der multiethnischen Gebiete, die einst zum polnischen Staat gehört hatten, an den Rand der gesellschaftlichen Erinnerung gedrängt.

Neue Akzente nach 1989

Der Beginn einer neuen historischen Etappe des polnischen Staates, die Wiedererlangung seiner Souveränität, wird in den Jahren 1989/90 angesiedelt, wenn auch versucht wird, den Erfolg dieses Moments mit dem Vorwurf des »Verrats am Runden Tisch« in Abrede zu stellen. Die Gespräche mit der Opposition, die Parlamentswahlen im Juni 1989, der erste nicht-kommunistische Ministerpräsident, schließlich die Selbstauflösung der *Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR)* – und all dies vor dem Hintergrund der großen Veränderungen in Ostmitteleuropa – bewirkten, dass die Menschen den Eindruck hatten, die große Geschichte spiele sich vor ihren Augen ab. Dies geschah außerdem entgegen der bisherigen polnischen Geschichtserfahrungen ohne einen Schuss, ohne Blutvergießen und ohne Barrikaden. Die Euphorie wurde jedoch dann von den schmerzhaften

Erfahrungen der strukturellen Transformation überdeckt sowie vom Streit und den Teilungen im Lager der ehemaligen demokratischen Opposition. An letztere zu erinnern, sollte die gesellschaftliche Aufgabe der Geschichtspolitik sein, doch kommt der »friedlichen Revolution von 1989« nach Auffassung der gegenwärtigen Regierung offenbar kein großer Wert zu.

Ein symbolischer Sieg der historischen Unabhängigkeitstradition war die Änderung der Staatsbezeichnung in Republik Polen und des Staatswappens, in dem jetzt wieder die Krone geführt wird. Einige Jahre lang fand auch eine umfangreiche Säuberung im Bereich der öffentlichen historischen Symbole statt. Dies ist ein noch un abgeschlossener und auch umstrittener Prozess, denn: Ist die Zerstörung politisch nicht mehr aktueller Herrschaftssymbole einer vergangenen, schlechten Zeit nicht auch eine Geschichtsfälschung? Andererseits ist dieser Prozess für die Gesellschaft notwendig. So verschwanden also Denkmäler, die an Personen und Ereignisse des gestürzten Kanons erinnerten. Sie wurden entweder zerstört oder in Museen des Realsozialismus überführt. Einige behielten ihre Erinnerungsfunktion, erhielten aber einen anderen Standort. Dafür wurde der öffentliche Raum mit Denkmälern bereichert, die an Helden erinnern, über die bisher hinweggegangen worden war, v.a. an Józef Piłsudski und polnische Führer während des Zweiten Weltkriegs. Straßen und Institutionen wurden umbenannt. Der Kalender der staatlichen Feiertage wurde geändert, und die Jahrestage wichtiger Ereignisse wurden weniger pompös begangen; neu hinzugefügt wurden Daten der älteren Geschichte (3. Mai, Tag der Verfassung von 1791) und der Geschichte des 20. Jahrhunderts: 8. Mai, 15. August, 30. / 31. August, 17. September, 11. November, 13. Dezember [15.8.1920 »Wunder an der Weichsel«, d.h. Sieg der polnischen Armee unter Piłsudski gegen die Rote Armee und jetzt auch Tag der Armee; 31.8.1980 Unterzeichnung des Abkommens zwischen Regierung und Danziger Streikkomitee; 17.9.1939 Überfall der Sowjetunion auf das sich gegen Deutschland verteidigende Polen; 11.11.1918 Polnische Unabhängigkeitserklärung und Wiederherstellung der Republik; 13.12.1981 Verhängung des Kriegsrechts; Anm. d. Red.]. Zwar wurde der 1. Mai aufrechterhalten, aber sein »proletarischer« Inhalt wurde abgelegt und dafür die Verehrung des Heiligen Josef, des Patrons der Arbeiter, betont. Abgeschafft wurden die Feiertage 9. Mai, 22. Juli, 12. Oktober und 7. November [9.5.1945 Jahrestag des Kriegsendes; 22.7.1944 unterstützt von der Roten Armee Konstituierung des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung in Lublin als Keimzelle des kommunistischen Nachkriegspolens; 12.10.1943 Schlacht von Lenino; 7.11. Jahrestag der Oktoberrevolution 1917; Anm. d. Red.] und der Kalender kirchlicher, arbeitsfreier Feiertage erweitert. Neue

Geschichtslehrbücher wurden herausgegeben, die eine bisher unbekannte Auswahl und Möglichkeiten, verschiedene Programme zu nutzen, einführten, wenn auch unter Berücksichtigung eines vom Bildungsministerium bestätigten allgemeinen Rahmens. Schließlich wurde nach langwieriger Debatte das Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) gegründet, das Forschung, Bildung und die Verfolgung von Tätern nationalsozialistischer und kommunistischer Verbrechen umfasst. Scheint angesichts dieser enormen Reichweite an Veränderungen die Behauptung eines vollständigen Mangels an Geschichtspolitik in den 1990er Jahren seitens des Staats nicht überzogen?

Man muss allerdings daran erinnern, dass – ebenso wie die gesamte polnische Wirklichkeit – auch dieser Aspekt einer Demokratisierung unterlag. Sie beruhte darauf, dass zunehmend andere Formen des Gedenkens und Verbreitens von Geschichte sowie des Bewahrens ihrer Spuren eine Rolle spielten, als die, die im Einflussbereich der staatlichen Organe lagen. Nach 1989 entstanden neue bzw. sich weiter entwickelnde Institutionen und Nicht-Regierungsorganisationen, die sich mit der Geschichte insbesondere des 20. Jahrhunderts befassten. Ein ganz wesentliches Phänomen war, dass nun auch anderen Erinnerungen und Traditionen als nur den polnischen Gehör geschenkt wurde, denn gleichzeitig mit den Polen erhielten die Angehörigen der Minderheiten ihre wahre Geschichte zurück und gewannen angemessenere Bedingungen, die eigene Identität und Geschichte zu kultivieren. Politische Demokratie bedeutet ja Pluralismus in allen Bereichen. Der Staat verzichtete auf einen Großteil seiner Kompetenzen und legte sie zur subjektiven Gestaltung in die Hände seiner Bürger.

Allerdings lassen sich die Gegenwart der Geschichte im gesellschaftlichen Leben und das gesellschaftliche Interesse an der Vergangenheit nie und nirgendwo auf einem sehr hohen Niveau aufrechterhalten. Die Geschichte verliert zwangsläufig gegen die Gegenwart. So trat auch in Polen nach einigen Jahren der oben dargestellten Belebung eine Abwendung von der Geschichte und eine Ermüdung insbesondere angesichts der Märtyrer-Thematik auf. Die sich von Tag zu Tag verändernde Realität forderte ihr Recht, und es bestätigte sich, dass ein beständiges großes Interesse an öffentlichen Angelegenheiten nur für einen Teil einer jeden Gesellschaft charakteristisch ist.

Die Auseinandersetzung mit sich und den anderen

Zweifelloso verzichtete der Staat in den 1990er Jahren auf besonders sichtbare Eingriffe in verschiedene Lebensbereiche, was als positiv aufgenommen wurde und das bürgerschaftliche Engagement weckte. Die schulische

Ausbildung wurde reformiert. Für den Geschichtsunterricht gilt, dass er etwas anderem als der Vervielfältigung enzyklopädischen Wissens dienen sollte. Wenn die Geschichtsausbildung die besagte Lehrerin für das Leben sein soll, so muss die Frage gestellt werden, welche Inhalte gelehrt werden sollen und warum. Dies ist bereits die tiefer gehende Frage nach der Art und Weise der notwendigen Auswahl. Hört man einige Aussagen der Anhänger der neuen Strömung der Geschichtspolitik, kann man den Eindruck gewinnen, dass das Ziel des Geschichtsunterrichts nicht das Verstehen der uns umgebenden Welt ist und des Zustands, in dem wir uns als Gesellschaft befinden, in dem die dazugehörigen historischen Wurzeln aufgezeigt werden, sondern Ziel ist danach die Affirmation der eigenen Geschichte, um Gemeinschaft zu schaffen. Hier muss man nun die Frage stellen, ob bei einer solchen Orientierung des Geschichtsunterrichts in der Schule und allgemein der historischen Bildung im öffentlichen Leben die Erkenntnisse der Historiker und die Ergebnisse ihrer offenen Geschichtsdebatten noch notwendig sind. Dies wiederum verbindet sich mit einer anderen Fragestellung, nämlich was die »Geschichte der Historiker« mit der »Geschichte für den täglichen, allgemeinen Gebrauch« zu tun hat.

Natürlich gibt es nicht den Idealzustand, der darin bestehen würde, dass Forschungsergebnisse direkten und vorherrschenden Einfluss auf die gesellschaftliche Sichtweise und die Art haben, der Vergangenheit zu gedenken. Sogar populärwissenschaftliche Arbeiten und Darstellungen sind ganz einfach einer zu kleinen Gruppe von Rezipienten bekannt. Eine Art der Verbreitung der Ergebnisse – in sehr zugänglicher und »gemilderter« Form – sollten die Schulbücher sein. Diese sollen die nationalen Mythen und Stereotype nicht vervielfältigen, sondern das Wissen über die Vergangenheit der Nation und der Welt gestützt auf wissenschaftliche Reflexion vermitteln. Das Erziehungsziel des Geschichtsunterrichts ist natürlich, den Patriotismus zu wecken, daher die Akzentuierung bestimmter Inhalte, Personen und Ereignisse, die diese Aufgabe erfüllen. Und solange aus dem in der Schule vermittelten Geschichtsbild – für die Mehrheit der Gesellschaft das einzige sich aus Büchern ergebende Bild (berücksichtigt man die geringe Leselust in Polen) – nicht die Inhalte gestrichen werden, die die Schatten der eigenen Vergangenheit zeigen, eben gerade die im Namen von Patriotismus und Nationalstolz vollbrachten Schandtaten, besteht keine Gefahr der Geistesmanipulation mit Hilfe von Geschichtslehrbüchern. Die polnischen Historiker haben in den 1990er Jahren in der Tat viel auf dem Feld der z.T. sehr schmerzhaften Abrechnung mit der nationalen Geschichte geleistet. Die von ihnen initiierten Debatten stießen auf recht großen Widerhall, der

die Grenzen des wissenschaftlichen Milieus überschritt. Die Fähigkeit, solche Diskussionen zu führen, wurde als Zeichen der gesellschaftlichen Reife interpretiert, was von der Bereitschaft zeugt, die Sicht auf sich selbst und andere zu verifizieren. Ob dabei die Grenze berechtigter Kritik überschritten und die auf das Gefühl des Nationalstolzes gestützte Geschlossenheit der Gesellschaft verletzt wurde, wage ich zu bezweifeln. Solche Vorwürfe riechen vielmehr nach der Sehnsucht, die Historiker und die öffentlichen Debatten zu zensieren.

Welche Probleme standen also in den 1990er Jahren im Zentrum der Aufmerksamkeit? Generell sind hier zwei Bereiche zu nennen: Der erste war mit den Beziehungen zu anderen Nationen, zu den Nachbarn Polens oder auch zu den Mitbürgern anderer Nationalität verbunden. Am lebhaftesten waren die Auseinandersetzungen über die polnisch-deutschen Beziehungen, insbesondere über die Aussiedlung der Deutschen nach dem Krieg, sowie die in mehreren Fortsetzungen geführte Diskussion über die polnisch-jüdischen Beziehungen. An dritter Stelle muss man die Debatten über die polnisch-ukrainischen Beziehungen nennen. Gemeinsam war dieser Thematik die neue Rolle Polens und der Polen, nämlich nicht die traditionelle des Opfers, sondern auch die des Verursachers fremden Leids. Zweifellos wären solche Gespräche unter den Bedingungen einer aktuellen Konfliktsituation mit einer dieser Nationen nicht möglich gewesen. Gerade die Entwicklung von guten Beziehungen mit ihnen gaben den Rückhalt und das unerlässliche Gefühl von Sicherheit für diese Debatten, an denen eben auch Vertreter der anderen Seite teilnahmen.

Der zweite Bereich besonderer Aufmerksamkeit waren die Diskussionen über das Wesen des polnischen Kommunismus und die Beziehungen zwischen den Machthabern und der von ihnen regierten Gesellschaft. Eine gewisse Degeneration dieser Auseinandersetzungen stellte die Reduzierung der neuesten Geschichte Polens auf das Bild dar, das durch das Prisma der Akten der Sicherheitsdienste zu sehen war.

Eine Anregung, mit diesen zweifelsohne bitteren und schmerzhaften Ereignissen der eigenen Geschichte zu ringen, waren in den 1980er Jahren entstandene Überlegungen, die allerdings lange nur einem sehr engen Personenkreis bekannt waren. Es geht um die Texte von Jan Józef Lipski zum Thema Patriotismus und seine Bewertung des sog. kleineren Übels in der Geschichte (»Dwie ojczyzny – dwa patriotyzmy« – »Zwei Vaterländer – Zwei Patriotismen«) sowie von Jan Błoński über die Haltung der Polen gegenüber der Vernichtung der Juden (»Biedni Polacy patrzą na getto« – »Die armen Polen blicken aufs Ghetto«). Wichtig waren bei Lipski die Aussagen über die Notwendigkeit des Respekts gegenüber anderen Nationen und die Anerkennung,

dass manche Vorgehensweisen der Polen den Deutschen Leid zugefügt haben, wenn es auch nicht möglich gewesen war, sie zu vermeiden (Aussiedlungen in der Nachkriegszeit). Bahnbrechend klang unter den Bedingungen der damaligen Zeit der Aufruf, das auf polnischem Gebiet liegende deutsche kulturelle Erbe als Teil der europäischen Kultur zu schützen. Błoński seinerseits wagte es, ein Tabu zu brechen – die Gleichgültigkeit gegenüber dem Mord an der jüdischen Nation, die in Teilen der polnischen Gesellschaft an den Tag gelegt wurde.

Die Aussiedlung der Deutschen und das Pogrom von Jedwabne

Resultat dieser »Entdeckung« des Themas der Aussiedlung der Deutschen durch die Historiker ist bis heute eine fast unüberschaubare Reihe von unterschiedlichsten Publikationen. Darunter befinden sich umfangreiche Monographien, die den Prozess auf Landes- und regionaler Ebene darstellen. Des Weiteren Artikel, die kleinere Teilbereiche betreffen, nicht zuletzt interessante, in Polen und Deutschland herausgegebene Quellenausgaben, darunter amtliche Dokumente sowie Erinnerungen. Darüber hinaus sind Dokumentarfilme, Radiosendungen, Presseartikel, Museumsausstellungen und sogar Theaterstücke entstanden. Die Darstellung des Verlaufs der Aussiedlung und der Behandlung der deutschen Bevölkerung in Polen direkt nach dem Krieg bedeutete dabei nicht, diese Ereignisse vom vorangegangenen Geschehen zu entkoppeln: Sie waren die schreckliche Last des Krieges und der Entscheidungen, die letzten Endes nicht die polnische Regierung und auch nicht die Anführer der Anti-Hitler-Koalition getroffen hatten. Es kam aber die Überlegung auf, ob man die eigene unwürdige Vorgehensweise mit den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtfertigen könne. Also nicht, ob die Aussiedlung der Deutschen notwendig gewesen war, sondern ob man solche Methoden hatte anwenden müssen. Interessant war zudem die Erörterung dieser Thematik nicht nur im Rahmen der Erfahrungen einer konkreten Nation, sondern auch in Bezug auf das menschliche Schicksal, insbesondere des Durchschnittsmenschen. Auf dieser Grundlage konnte sich gegenseitiges Verständnis aufbauen, an dem auch Vertreter der Generation, die diese Erfahrungen gemacht hatte, teilhatten. Das Leid des zwangsentwurzelten Deutschen wurde nachfühlbarer, als es mit der Vertreibung der Polen aus ihrer Heimat verglichen werden konnte. Darüber hinaus schien die zeitliche Distanz die Wunden und die Unversöhnlichkeit zu mildern, die noch vor ein oder zwei Jahrzehnten so lebendig gewesen waren. Ebenso schufen die guten Beziehungen zu Deutschland, seine Unterstützung der europäischen Bestrebungen Polens ein den

Deutschen wohlgesonnenes Klima, zumindest in vielen gesellschaftlichen Gruppen. Versöhnung wurde zu einem Modewort; jedoch sollte man auf der Ebene der ganzen Gesellschaft lieber von der Akzeptanz der anderen Seite und der Wertschätzung der Zusammenarbeit sprechen. In Hinblick auf die menschlichen Gefühle sei noch an eine Sache erinnert: Die Polen schienen anerkannt zu haben, dass sie angesichts der immensen Last der Schuld, die die Deutschen trugen (ich sehe hier von einer Kollektivschuld ab), ihrerseits eine Geste machen und anerkennen konnten, dass sie nicht immer nur Opfer waren. Das polnische Selbstbild wurde dadurch nicht allzu stark angetastet. Zum Teil ähnlich war es im Fall der Diskussionen über die polnisch-ukrainischen Themen. Die Brutalität der Aktion »Weichsel«, der Aussiedlung der Ukrainer in der Nachkriegszeit im Jahr 1947, konnte dem »wolhynischen Gemetzel«, dem Massaker am polnischen Volk während des Krieges, gegenübergestellt werden.

Vollkommen anders war es bei der Untersuchung des Verhaltens der Polen gegenüber den Juden in den 1940er Jahren. Die Diskussion dieses Thema verließ schnell die Abgeschlossenheit der Konferenzsäle, entfachte große Emotionen, teilte die polnische Gesellschaft und weckte großen Widerstand gegen ein polnisches Schuldbekenntnis. Wie kam es dazu? Die erste Ursache war sicherlich die umfangreiche Verfälschung der jüdischen Problematik im Polen der Nachkriegszeit, was aus dem Antisemitismus, der auch der damaligen Regierungspartei nicht fremd war, resultierte. Die zweite Ursache war, dass das, was wir kurz die »Jedwabne-Problematik« (Kleinstadt im Nordosten Polens, in der Polen im Juli 1941 ein Pogrom an den ortsansässigen Juden verübten) nennen, von einem schändlichen Umgang mit der schwächeren, jüdischen Seite sprach, die schlicht und einfach schutzlos war und von einem übermächtigen Feind verfolgt wurde, dem ein Teil der Polen eben an diesem Ort in irgendeiner Form geholfen hat. (Manche) Polen waren also nicht machtlose Beobachter, gleichgültige Zuschauer, sondern Henker. Umso schlimmer, als man sich eben nicht zur psychischen Kompensation dieser schmerzhaften Wahrheit einreden konnte, dass die andere Seite kein völlig unschuldig Opfer gewesen sei und sie ja auch an Polen schuldig geworden sei, dass es sich um das biblische »Auge um Auge« gehandelt habe. Es war nicht möglich, diese Taten für den »alltäglichen Gebrauch« zu erklären oder zu verstehen – es sei denn, dass man antisemitischen Unsinn verbreitete. Leider hat in manchen Kreisen der Wunsch, die Pogrome zu leugnen bzw. zu verhüllen zum Einsatz chauvinistischer Argumente geführt. Die Diskussion über Jedwabne erschütterte auch die Community der Historiker, stellte man ihr doch die unangenehme Frage, warum die ganze Angelegenheit

erst Anfang des 21. Jahrhunderts an die Öffentlichkeit drang, nach mehr als zehn Jahren Rede-, Meinungs- und wissenschaftlicher Freiheit. Das Ergebnis dieser Debatte waren viele wichtige Bücher. Im Kontext der Geschichtspolitik muss man hier noch an ein weiteres Ereignis erinnern, nämlich an die Teilnahme des damaligen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski an den Feierlichkeiten der Denkmalenthüllung für die ermordeten jüdischen Einwohner von Jedwabne im Juli 2001. Seine Anwesenheit war eine Art Wiedergutmachungsakt, auch im Namen der Nation. Sie war ein Zeichen dafür, dass der polnische Staat auch die dunklen Seiten seiner Geschichte nicht verschweigt. Für einen Teil der Gesellschaft war dies jedoch der beschämende Akt eines Bekenntnisses nicht begangener Schuld und der Schulterschluss der Staatsmacht mit der Front der »Feinde Polens«.

Die Diskussion bzw. der um die »Jedwabne-Problematik« entbrannte Streit wurde als traumatisches Erlebnis für Teile (die Mehrheit?) der polnischen Gesellschaft bezeichnet. Dieses Trauma erschütterte die jüngst entstandene polnische Bereitschaft, geheiligte Traditionen bei der Betrachtung der eigenen Geschichte in Frage zu stellen. Das Interesse der internationalen Öffentlichkeit an dieser Debatte, verbunden mit Meldungen über einen massenhaft verbreiteten »polnischen Antisemitismus« sowie mit weit verbreiteter Dummheit und Nichtwissen (fatale Formulierungen in der internationalen Presse im Stil von »polnische Vernichtungslager«) riefen eine verstärkte Verteidigungshaltung hervor, in manchen Kreisen so stark, dass dies zu einer vollständigen Leugnung der von den Wissenschaftlern bestätigten Fakten führte.

Eine deutsche Neuinterpretation der Geschichte?

Diese Gefühle fielen mit wachsender Erbitterung, Beunruhigung und Irritation über das Verhalten eines Teils der Deutschen zusammen. Für die Polen war die Phase der Abrechnung mit dem Problem der Aussiedlung der Deutschen nach dem Krieg in Form einer symbolischen Anerkennung abgeschlossen, wonach die Deutschen das Recht haben, dies als Leid zu empfinden. Diese Thematik kehrte jedoch um die Wende des 20. zum 21. Jahrhundert zusammen mit dem ganzen Problem des Zweiten Weltkriegs mit großer Macht zurück. Allerdings geschah dies v.a. unter dem Einfluss der Ereignisse in Deutschland. Das, was für die Polen das Ende der Diskussion über die deutschen Opfer war, war für die Deutschen wiederum der Anfang einer neuen Auseinandersetzung mit diesem Thema. Hinter den Aussiedlern tauchten weitere Gruppen von Benachteiligten auf, die Opfer der Flächenbombardements, die Opfer der Roten Armee in der Zivilbevölkerung, und schließlich

die an Polen, Tschechien und die Slowakei (interessanterweise nicht an Russland) gerichteten materiellen Forderungen der Aussiedler. Dies verursachte in Polen den Eindruck, dass in Deutschland eine Neuinterpretation der Geschichte des Zweiten Weltkriegs stattfindet, was wiederum günstige Bedingungen schuf, um politische Faktoren ins Spiel zu bringen. Politisch dekretiert war die Formulierung der Notwendigkeit, eine vollständige Bilanz der Kriegsverluste aufzustellen, und politisch inspiriert war die Tätigkeit der »Polnischen Treuhänd«, die den deutschen materiellen Forderungen Widerstand leisten sollte.

»Patriotismus der Niederlage«

Ein Teil der politischen Kräfte machte aus der Thematik der historischen Abrechnungen eine Waffe im Kampf um die Wählergunst. Zwar endeten die Bemühungen der extremen Rechten, aus antideutschen Parolen Waffen in der Debatte um den Beitritt zur Europäischen Union zu schmieden, nicht erfolgreich, jedoch entmutigte dies nicht, sich auf diese Parolen zu berufen. Von den Möglichkeiten, diese Problematik wirksam auszunutzen, überzeugte die Politiker, und insbesondere die von *Recht und Gerechtigkeit*, der Erfolg der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstands im Juli 2004. Nicht ohne Bedeutung war, dass ihr Organisator der damalige Stadtpräsident von Warschau und derzeitige Staatspräsident Lech Kaczyński war. Die Feierlichkeiten basierten auf der Vergegenwärtigung des Bildes von Polen als Märtyrer, Opfer, vereinsamer Held, was auch bei den folgenden, nicht mehr so breit angelegten Jahrestagen wiederholt wurde. Der Erfolg des Museums des Warschauer Aufstands war die Initialzündung, neue Institutionen dieser Art zu gründen, allen voran das Museum der Geschichte Polens. Indem man im Wahlkampf auf einen radikalen Bruch mit der III. Republik setzte, brachte man auch historische Argumente ins Spiel. Wenn künftig alles besser und anders werden sollte, sollten auch die Aktivitäten des Staates im Bereich des historischen Gedenkens und der Stärkung der nationalen Bande (denen demnach eine Gefahr drohte) besser und anders werden. Eine ganz andere Sache war, dass keine Meinungsfrage diese alarmierenden Behauptungen untermauerte. Natürlich kann man nicht nachweisen, dass solche Parolen nicht die gesellschaftlichen Bedürfnisse trafen, denn welche Gesellschaft sehnt sich nicht nach einem möglichst idealen Selbstbild, insbesondere eine Gesellschaft, die vom Niveau der regierenden politischen Eliten ermüdet und angewidert ist?

Nach ihrem Wahlsieg im Jahre 2006 schuf die neue Machtelite einen günstigen Rahmen zur Verwirklichung ihrer Projekte. Leider zeigte sich hier wie auch in vielen anderen Bereichen, dass es an einem konkreten,

kompetenten und umfassenden Aktionsplan mangelte. Betrachtet man die Art und Weise, wie historische Jahrestage behandelt werden, und die Aussagen von Regierungspolitikern, die mehr oder weniger eine historische Materie berühren, kann man sagen, dass der propagierte neue Patriotismus anfängt, an das aus der Vergangenheit bereits bekannte Muster zu erinnern, zumal er dem von den Kommunisten entwickelten recht ähnlich ist (natürlich vom Kult des Kampfes mit dem Kommunismus abgesehen). Im Vordergrund stehen der Kult, Opfer zu sein, die Beschwörung einer permanent bestehenden Bedrohung Polens, die Umdeutung von Niederlagen in »moralische Siege«, die Einschränkung der Kritik an der eigenen Nation, die als Ausdruck eines bedrohlichen historischen Revisionismus angesehen wird, und der vorherrschende Polozentrismus bei der Betrachtung historischer Ereignisse.

In Anlehnung an persönliche Motive der PiS-Führer und ihren intellektuellen Hintergrund kann man außerdem feststellen, dass die Leistungen eines Teils der antikommunistischen Opposition in Frage gestellt werden. Nicht nur den 1989 am »Runden Tisch« getroffenen Abmachungen wird der Wert abgesprochen, sondern auch die Errungenschaften der ersten Jahre der Unabhängigkeit werden entwertet. Diese Haltung nennen Kritiker der neuen Geschichtspolitik Kultivierung eines Patriotismus der Niederlage oder eines geschlossenen, konfrontativen Patriotismus. Ihrer Meinung nach verwehrt die Vernachlässigung heikler und schwieriger Tatsachen der Nationalgeschichte im öffentlichen Diskurs den jungen Generationen die unverzichtbare Erfahrung, sich diesen Fakten zu stellen. Skeptiker äußern auch die Befürchtung, dass das Engagement des Staates in diesem Bereich zunehmende Fremdenfeindlichkeit zur Folge haben werde. Solcherart Bedenken wären berechtigt, wenn gegenwärtig der Staatsapparat den größten Einfluss auf die Bürger hätte. In einer pluralistischen Gesellschaft, die offen für Kontakte mit der Welt ist, ist das jedoch nicht möglich. Angesichts der beklagenswerten Folgen, die aus dem zu engen Flirt der Geschichte mit der Politik in der Vergangenheit resultierten, heißt dies natürlich nicht, dass solche Gefahren bagatellisiert werden dürfen. Die gesellschaftliche Einstellung zu beeinflussen, ist allerdings eine Aufgabe für ein ganzes Jahrzehnt, wobei verschiedene Instrumente eingesetzt werden sollten. Außerdem haben wir es z. Zt. vorwiegend mit Reden über die neue Geschichtspolitik zu tun und nicht mit konkreten Handlungen, was sicherlich mit fehlenden finanziellen Mitteln und Problemen in andern innenpolitischen Bereichen zu erklären ist. Effekte der neuen Geschichtspolitik sind dagegen schon heute in den Beziehungen zu anderen Nationen sichtbar, allerdings wohl nicht solche, an denen der Regierung gelegen war. Denn schließlich hat bisher

das Wissen über die Geschichte Polens in der Welt nicht zugenommen, ganz zu schweigen davon, dass die Welt die polnische Perspektive einnähme. Natürlich hatte die Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland und Russland auch noch andere Ursachen und das polnische Auftreten im Geiste der Geschichtspolitik war eher eine Reaktion auf ein bestimmtes Vorgehen der anderen Seite (z.B. die Forderungen der deutschen Ausiedler oder die Geringschätzung der polnischen Sicht auf die Geschichte durch die Russen). Nichtsdestoweniger machte der Einsatz historischer Argumente keinen guten, vielmehr einen anachronistischen Eindruck und führte zu zunehmenden Verstimmungen, auch auf der Ebene der Zusammenarbeit mit der EU.

Über den Autor:

Dr. phil. habil. Krzysztof Ruchniewicz, Jg. 1967, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Instituts der Universität Wrocław (Breslau); 2002–2007 Gründungsdirektor des Willy Brandt Zentrums für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław und dort Leiter des Lehrstuhls für Geschichte; Mitglied des Präsidiums der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission und der Kopernikus-Gruppe. Forschungsschwerpunkte: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, deutsch-polnische Beziehungen, Fragen der Europäischen Integration, internationale Schulbuchforschung. Zahlreiche Publikationen, zuletzt erschienen: *Polskie zabiegi o odszkodowania niemieckie w latach 1944/45–1975* [Polnische Bemühungen um die deutsche Wiedergutmachung in den Jahren 1944/45–1975], Wrocław 2007; *Zwischen Zwangsarbeit, Holocaust und Vertreibung. Polnische, jüdische und deutsche Kindheiten im besetzten Polen*, hrsg. von Krzysztof Ruchniewicz und Jürgen Zinnecker, Weinheim u. München 2007. In Kürze erscheint im Lit-Verlag ein Buch über die polnische historische Erinnerung nach 1945.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um einen leicht gekürzten Vorabdruck aus der Publikation: *Länderbericht Polen*. Hrsg. v. Dieter Bingen und Krzysztof Ruchniewicz, die im nächsten Jahr in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erscheinen wird.

Dokumentation

»Angewandte Geschichte« – Lech Kaczyński im Interview

[...]

Ich bitte Sie um diese persönlichen Reflexionen über die polnische Geschichte, um zu fragen, ob die Ergebnisse dieser Sicht der Geschichte für Sie eine Art Wegweiser für aktuelle Aufgaben sind, die sich Ihnen eröffnen.

Die Geschichte Polens ist mir sehr stark bewusst und präsent, wobei ich überhaupt nicht geneigt bin, unsere Vergangenheit zu beschönigen. Ich kenne die Schatten der polnischen Geschichte, aber ich unterscheide diejenigen, die diese Schatten kennen und sich darüber grämen, von denjenigen, die sich für unsere historischen Misserfolge insofern begeistern, als sie sie am liebsten vollständig mit dem Bild unserer Geschichte gleichsetzen würden. Letztere haben im gegenwärtigen Diskurs leider eine viel stärkere Position. Die Unzulänglichkeiten in unserer Geschichte sind mir sehr bewusst, aber ich erinnere mich auch, dass 400 km östlich von Kiew ein Pfahl steht, der – so erzählten mir Ukrainer – anzeigt, wo die Grenze zwischen dem russischen und dem polnischen Imperium verlief. Schließlich liegt auch das Łubnie von Sienkiewicz weit entfernt, östlich von Kiew.

Wenn man diese Vision des historischen Bewusstseins verallgemeinert, so ist das die Vision eines mächtigen Staates, einer Großmacht, die ein großes Potential hatte, vielleicht nicht immer dieses Potential gut auszunutzen wusste, aber es wird die Sehnsucht nach dieser Größe deutlich, nach dieser Dimension, was auch das von Ihnen verwendete Wort »Imperium« zum

Ausdruck bringt [...]. Andererseits werden Sie, Herr Staatspräsident, mit dem Patronat über die sog. »Geschichtspolitik« assoziiert, deren Hauptbetätigungsfeld das 20. Jahrhundert und die Rolle Polens zu sein scheint, dieses aber eher als Opfer und nicht als Macht oder Imperium.

Unser Konzept der Geschichtspolitik beruht darauf, uns den Patriotismus, den Nationalstolz zurückzugeben. Sie umfasst nicht nur die neueste Geschichte, sondern auch die ältere, die Geschichte unserer Siege. Natürlich gehört dazu auch der verlorene Warschauer Aufstand. In die Armee des Warschauer Aufstands waren fast 70.000 Menschen involviert, zum großen Teil unbewaffnet. Als Beispiel kann ich meinen bereits verstorbenen Vater nennen: Als Anführer einer Gruppe hatte er einen Karabiner, der Anführer eines Zugs hatte die Hauptwaffengewalt, d.h. eine Maschinenpistole der Marke Thompson, der Rest hatte nur Granaten. Und das war die Abteilung »Baszta«, also eine Sturm Einheit. Auf diese Weise wurde das Gebiet Wyścigi erobert – auf der anderen Seite standen reguläre deutsche Abteilungen mit schweren Maschinengewehren. Und trotzdem wurde Wyścigi erobert, wie auch viele andere Gebiete. Für mich ist der Aufstand v.a. ein Beispiel des Heldentums, der Hartnäckigkeit im Kampf dieser Generation, die von der II. Republik erzogen worden war. Ich betrachte also den Aufstand als Beispiel für einen heroischen Kampf und nicht für ein Opfer. Eine zweite Frage ist die Notwendigkeit, den Westen daran zu erinnern, dass Polen auch am Zweiten Weltkrieg teilgenommen hat, was manchmal in Frage gestellt wird. Der September 1939, später die Divisionen in Frankreich, die polnische Armee im Nahen Osten, in Großbritannien und Italien, aber auch die polnischen Armeen im Osten, wenn sie auch von Kommunisten angeführt wurden. Für uns ist die Teilnahme an diesem Krieg eine Selbstverständlichkeit, aber außerhalb Polens ist dieses Wissen gar nicht so verbreitet. Die Rolle des Opfers taucht hier nur auf einer bestimmten Ebene auf, das sind die polnisch-deutschen Beziehungen, wo jetzt auf deutscher Seite versucht wird, die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und auch für die Kriegsverbrechen zu relativieren. Überhaupt trete ich nicht gern in der Rolle des Opfers auf, und umso weniger möchte ich, dass mein Land in dieser Rolle auftritt.

Ich habe auf diese Interpretation der Geschichtspolitik als eine Art Rivalität um insbesondere die Bezeichnung als Opfer hingewiesen, weil sie häufig so von den Kritikern dargestellt wird.

Ich sage es noch einmal: Es geht darum, das patriotische Bewusstsein zurückzugeben und auch das Bewusstsein unserer Geschichte und ihrer Bedeutung in Europa, insbesondere in unserem Teil Europas. Man muss aber daran erinnern, dass das in gewisser Hinsicht eine delikate Angelegenheit ist. Uns liegt sehr an möglichst guten Beziehungen zur Ukraine, zu Litauen, zum demokratischen Belarus, zu Lettland und Estland. Wenn wir die großartige Geschichte Polens des 15. bis 18. Jahrhunderts im Blick haben, müssen wir daher besonders viel Takt wahren und die Sensibilität der jungen Patriotismen berücksichtigen. Trotzdem sollten wir uns an die Größe der Republik erinnern und sie als unsere Verpflichtung annehmen. Das bedeutet natürlich nicht, dass manche Angelegenheiten nicht ein für alle Mal abgeschlossen worden sind.

Ich möchte die eigentliche Vision der Geschichtspolitik, wie Sie sie verstehen, mit den Auswüchsen der Phantasie der Kritiker dieser Politik konfrontieren und noch auf eine andere Interpretation aufmerksam machen. Nach dieser Interpretation wurde die Geschichtspolitik im Grunde als Werkzeug ausgedacht, um die III. Republik zu kritisieren, eine Art historische Keule für den Mangel an Patriotismus bei den Eliten der III. Republik. Wie beurteilen Sie, Herr Staatspräsident, aus längerer historischer Perspektive betrachtet, die III. Republik, wie würden Sie das Wesen dieses Gebildes bestimmen?

So eine Beurteilung ist nicht einfach. Die III. Republik besitzt nämlich eine ungeheure Überlegenheit gegenüber ihrer Vorgängerin, der Volksrepublik Polen. Die Kommunisten versuchten übrigens Mitte der 1960er Jahre die Volksrepublik als III. Republik zu bezeichnen, was allerdings nicht akzeptiert wurde, genauso wie der Pétain-Staat nicht als IV. Republik anerkannt wurde. Warum erwähne ich das? Ich vertrete nicht die Ansicht, dass die Volksrepublik eine Form von sowjetischer Besatzung war. Ich weiß, dass ich mich damit den Radikalen aussetze, aber ich betrachte die Volksrepublik als eine zwar sehr verkrüppelte, aber dennoch als eine Form polnischer Staatlichkeit – zumindest nach 1956. Allerdings so verkrüppelt und abhängig, dass ihr der Name III. Republik nicht gebührte. Die ungeheure Überlegenheit der III. Republik gegenüber ihrer Vorgängerin beruht darauf, dass sie unabhängig ist. Aus meiner Sicht ist das ein Unterschied wie Tag und Nacht. Man muss aber auch daran erinnern, dass die III. Republik das Ergebnis eines bestimmten Kompromisses ist. Natürlich handelte es sich nicht um eine Verschwörung in Magdalenka [Während der Beratungen am Runden Tisch von Februar bis April 1989 fanden in Magdalenka bei Warschau von Anfang März bis Anfang April 1989 informelle Treffen beider Seiten statt, um Verhandlungsblockaden zu überwinden. Da sie nicht protokolliert wurden, sind sie mit vielerlei Gerüchten umgeben, Anm. d. Übers.]; als Teilnehmer aller Treffen in

Magdalena kann ich sagen, dass dort keine Verschwörung stattfand. Im Grunde kam es aber zu einem stillschweigenden Kompromiss in der Art, dass im Rahmen des Aufbaus neuer gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Strukturen diejenigen, die aktiv am letzten System beteiligt waren und insbesondere mit den Sicherheitsdiensten verbunden waren, unerhört privilegiert wurden im Vergleich zu den anderen Menschen. Der Weg zur Upperclass war für sie eine asphaltierte Straße, und für die anderen gab es nur einen schmalen und gewundenen Pfad. Hinzu kam, was auch mit der vorangegangenen Frage verbunden ist, dass manche Sicherheitsdienste unter der Kontrolle von Leuten aus dem vorigen System blieben. Minister Andrzej Milczanowski hielt kurz vor der Auflösung des Sejm 1993 eine Rede, aus der hervorging, dass der Entzug der Privilegien für die ehemaligen Angehörigen der Sicherheitsdienste – sogar denen von vor 1956 – damit gleichbedeutend wäre, den gegenwärtigen Sicherheitsdiensten die Loyalität aufzukündigen. Das hieß, dass die Sicherheitsdienste der III. Republik im Jahr 1993 immer noch moralisch loyal gegenüber den alten Genossen aus dem Amt für Sicherheit (Urząd Bezpieczeństwa – UB) waren. Bei der Polizei war General Kurnik aus dem Sicherheitsdienst (Służba Bezpieczeństwa – SB) z.B. sieben Jahre lang Kaderchef, bis 1996. Das ist ein Beispiel für Kontinuität... Die Feststellung »wir haben Macht in Einfluss und Geld verwandelt« war hier völlig zutreffend. Natürlich bewahrheitete sie sich nicht in jedem Fall. Natürlich landeten viele Parteileute aus der Generation der um 1920 Geborenen im Abseits und triumphierte die junge und allerjüngste Generation von Aktivisten. In dieser Hinsicht fand eine Umkehrung der Hierarchie statt.

Ich gebe noch ein Beispiel, das meine Meinung über die III. Republik geprägt hat. Als ich Vorsitzender des Obersten Rechnungshofes (Najwyższa Izba Kontroli – NIK) war, wollte mich ein Offizier der Spionageabwehr des Amtes für Staatsschutz (Urząd Ochrony Państwa – UOP), der vorher natürlich beim SB war, anwerben. Wenn so ein Versuch bei einem Beamten der Republik im Rang eines stellvertretenden Ministerpräsidenten, berufen vom Sejm mit Zustimmung des Senats unternommen wurde...

Kontinuität, Einfluss der Sonderdienste und auch die vollkommene Ungleichheit im Spiel um Eigentum – das sind die Eigenschaften unserer Transformation. Wer zugunsten des Systems wirkte, das sich auf den Verzicht der Souveränität stützte, auf die Unterwürfigkeit gegenüber dem fremden, Polen feindlichen Imperialismus, auf die Entmündigung der Gesellschaft, die Unterdrückung des Einzelnen, der erhielt einen Preis in Form eines leichteren Zugangs zu Eigentum. Ich habe immer gesagt, dass in der III. Republik die Methode, einen Arbeitslosen zu integrieren – und das Los teilten viele Polen – die Kuroń-Suppe war (mit allem Respekt für Kuroń) [sog. Kuroniówka, Anm. d. Übers.], aber die Methode, einen Angehörigen der alten Sicherheitsdienste zu integrieren – falls er überhaupt aus dem Dienst flog – die Konzession für eine Firma, die Wachleute vermittelt, oder für den Handel mit Buntmetallen (das rentabelste Geschäft Anfang der 1990er Jahre) war. Das war der grundsätzliche Fehler: Für eine Sünde erhieltst du eine Auszeichnung. Denn das Engagement im Apparat der Volksrepublik kann man nicht anders als eine schwere Sünde, eine bürgerliche, menschliche Sünde bezeichnen. Das musste zwangsläufig auch in die Vermengung der Begriffe von gut und böse münden, in eine historische Amnesie. Dieses System musste seine Ideologie haben. Und diese Ideologie wurde erschaffen. Mit ungeheurer Wirksamkeit.

Ich möchte noch aus einer anderen Perspektive auf diese Phänomene schauen. Ich frage mich, mit welchem Programm sie den Aufbau eines neuen Polen planten, aus dem die III. Republik hervorging, ihre »Gründerväter« aus der Opposition. Nicht die Generäle Kiszczak und Pożoga, sondern Jacek Kuroń, Bronisław Geremek, vielleicht auch Adam Michnik, der wahrscheinlich nicht so wichtig wie die anderen beiden war...

Sehr wichtig!

Ich frage mich, was war ihr politisches Projekt, was waren ihre Hauptmotive, warum akzeptierten sie endgültig diese Seilschaften, wie sie gerade beschrieben wurden, wovor hatten sie Angst, was wollten sie erreichen?

Sie haben Tadeusz Mazowiecki nicht genannt.

Er schien mir erheblich weniger wichtig als die anderen.

Er war außergewöhnlich wichtig als Verteidiger des ungeschriebenen Vertrags, als Feind der Dekommunisierung. In dieser Hinsicht nicht weniger wichtig als die anderen drei.

Als ich vor allem solche Politiker wie Kuroń und Geremek angeführt habe, wollte ich die Tatsache berücksichtigen, dass auf dem Weg zur III. Republik, im Prozess der Annäherung zwischen diesem Teil der Opposition und dem Regierungslager der

Volksrepublik in den 1980er Jahren, ihre Idee, ihr Konzept wahrscheinlich wichtiger war, es steckte eine bestimmte Strategie ab. Mir geht es hier noch nicht um die Phase der III. Republik selbst und um die Verteidigung dieses Vertrags – hier ist Mazowieckis Rolle schwerlich zu überschätzen –, sondern es geht mir im Moment um den Weg zu diesem Vertrag. Um den intellektuellen, konzeptionellen Weg.

Die Geschichte wird es zeigen. Manche behaupten bis heute, dass das Hauptziel dieser Gruppe der Zutritt zur Machtelite der Volksrepublik war. Ich glaube, dass die Tatsachen dies nicht belegen. Die Tatsachen weisen darauf hin, dass sie mehr oder weniger eine solche Wirklichkeit wollten, wie sie dann eintrat.

Eine Geheimdienstregierung?

Nein, so nicht. Sie wollten vielmehr eine Regierung des Kompromisses und des Vergessens. Und in dieser Hinsicht unterschieden sie sich in nichts von Tadeusz Mazowiecki. Sie billigten, dass es einen bestimmten Preis für die friedliche Machtübergabe der Kommunisten gibt, den man ganz ruhig zu zahlen hat. Indessen war die friedliche Machtübergabe keine Gnade, denn sie fand in einer besonderen internationalen, aber auch gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation statt. Diejenigen auf der Seite der Solidarność, die die Lage analysierten, wussten ja, dass sich das System am Rande des Zusammenbruchs befindet. Das Tempo dieses Zusammenbruchs hat uns überrascht, aber nicht die Tatsache. Andererseits konnten in den Überlegungen dieser Leute, nach denen Sie gefragt haben, auch biographische Elemente eine Rolle gespielt haben, die Angst vor Vorhaltungen, die die Vergangenheit betreffen, Angst davor, die Frage der Verantwortung für jenes System mit aller Schärfe zu erörtern. Nicht ohne Bedeutung war auch die Angst vor dem Endecja-Polen [Endecja, Bezeichnung für die polnische Nationaldemokratie um Roman Dmowski, gegründet Ende des 19. Jh. und in der Zwischenkriegszeit u.a. bekannt für Antisemitismus, Nationalismus und eine Anti-Minderheitenpolitik, Anm. d. Übers.]. Das betrifft v.a. Adam Michnik, aber bestimmt nicht nur ihn. Geremek, Kuroń, Michnik, sie haben sich bestimmt die Wiederholung des »historischen Kompromisses« nach dem Muster Spaniens nach Franco vorgestellt, wo der letzte Chef der Falange der erste Ministerpräsident der Regierung eben eines solchen Kompromisses war. Das diente ihnen bestimmt als Vorbild, aber ob sie die zukünftige Rolle der ehemaligen Geheimdienste vorausgesehen haben? Ich weiß nicht, inwiefern sie sich des Grads der Verwicklungen eines bedeutenden Teils der Solidarność-Elite vor 1989 bewusst waren. Da sie älter waren und Erfahrung hatten, waren sie wohl besser informiert als mein Bruder und ich. Schließlich begann die sog. Historiker-Kommission (mit Adam Michnik) Anfang der 1990er Jahre nicht zufällig, die Archive des Innenministeriums zu untersuchen. Ich bin überzeugt, dass die Mitglieder dieser Kommission vielleicht nicht von Anfang an wussten, aber sich gedacht haben, was sie da sehen werden. Denken Sie bitte daran, dass der Aufbau der Solidarność-Elite ein langandauernder Prozess war, das Zusammenwachsen der verschiedenen Milieus, die später in Konflikt gerieten. Zwischen der Gruppe um die Fliegende Universität (mit Geremek an der Spitze) und der Gruppe um das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (Komitet Obrony Robotników – KOR) bestanden ernsthafte Spannungen. Umso schärfer äußerte sich der Streit mit so einer halben Opposition, wie sie Mazowiecki repräsentierte. Erst in der Zeit der Internierung begann sich das alles zu verwischen. Es war ein langer Weg, auf dem Menschen, die in bestimmten Lebensetappen mit dem System verbunden waren, schrittweise von konsequenten Oppositionellen aufgenommen wurden. Die Verlängerung dieses Prozesses musste auf Dauer ernsthafte Probleme hervorrufen. So scharfsinnige Analytiker wie Michnik und auf alle Fälle Geremek mussten sich dessen bewusst gewesen sein. Die Probleme bestanden darin, dass, wenn das neue Polen konsequent antikommunistisch sein sollte, die Frage nach der Zusammensetzung dieser Elite früher oder später gestellt werden musste, denn diese schrittweise sich in den 1980er Jahren formierende Elite sollte ja Polen regieren. Diese Absicht wurde in diesem merkwürdigen Projekt bestätigt, wonach in Polen keine Parteien entstehen sollten, sondern nur eine gesellschaftliche Bewegung, deren Wesen die Kooptation sein sollte. Bei Mazowiecki dagegen war eine spezifische Philosophie der Macht entscheidend.

Sie spielte eine Hauptrolle beim Zementieren der Seilschaften, die sich aus dem Kompromiss Anfang 1989 ergaben. Eine Rolle, deren Symbol bestimmt nicht nur Ministerpräsident Mazowiecki ist, sondern auch der Redakteur Kozłowski [Tygodnik Powszechny, katholische Wochenzeitung, Anm. d. Übers.], der Stellvertreter von General Kiszczak...

Natürlich haben die eine bedeutende Rolle gespielt. Allerdings sollte ihnen die Frage nach den Motiven, so eine Rolle anzunehmen, gestellt werden. Mich kann man allenfalls nach einer Bewertung ihres Konzept auf der Makroebene fragen. Ein wesentliches Element war die Umformung eines Teils der künstlerisch-intellektuellen Elite in eine politische. Es reicht, an die Liste der Senatoren und Abgeordneten von 1989 zu erinnern. So sollte die Bewegung entstehen, deren wichtigster Grundsatz die Kooptation und die volle Kontrolle des gesamten politischen Lebens durch einen kleinen

Kreis war. Es sollte also ein Bürgerkomitee entstehen, geleitet von Kuroń, Michnik und Geremek, mit einer kooptierenden Garde von Intellektuellen und Schauspielern. Diese Bewegung sollte keinerlei Alternative haben. Das war ein in höchstem Grade manipulatives Konzept. Vereitelt hat es Jarosław Kaczyński. Nicht zu dem Zeitpunkt, als er von Wałęsa den Auftrag erhielt, eine Regierung zu bilden – obwohl er aufgrund dessen zu einem im ganzen Land bekannten Politiker wurde und daraufhin das wirksam angehen konnte, was jene Idee wirklich lähmte: nämlich den Aufbau der Zentrumsallianz (Porozumienie Centrum – PC) als Alternative innerhalb der alten Solidarność. Noch früher hatte Wałęsa jenes Konzept schwer beschädigt, indem er das Bürgerkomitee übernahm, aber letztendlich hat dem Konzept die PC den Todesstoß gegeben. War in diesem Konzept die Rolle der Geheimdienste formuliert? Ich glaube, nur in dem Umfang, dass die Dienste keine Dokumente zeigten, wer in der großen, vereinigten Bewegung »eingetaucht« war. Es geht nicht darum, dass die höchste Leitung zusammengearbeitet hat, denn meiner Meinung nach hat sie es nicht. Die Sicherheitsdienste reichten nicht bis dort. Allerdings hätte ein Teil dieser Elite, die durch die Kooptation entstehen sollte, in die Zusammenarbeit verwickelt sein können und war es auch. Und das sollte im Namen des Erfolgs des genannten Konzepts verheimlicht werden. Eine andere Angelegenheit war die bereits genannte Obsession hinsichtlich einer Bedrohung durch die Endecja (und den Antisemitismus), die sichtbar wurde, als gewöhnliche demokratische Mechanismen in der polnischen Gesellschaft angestoßen wurden. Das war in gewissem Sinne eine Angst vor dem imaginierten Antlitz dieser Gesellschaft. Und hier konnten sich Leute als Verbündete erweisen, die in die Einfluss- und Machtstrukturen der Volksrepublik eingebettet waren. Nicht unbedingt gleich aus dem Politbüro, aber doch der bedeutende Teil der polnischen Intelligenz, der sich im Kommunismus engagiert hatte. Dieser konnte einen hervorragenden Rückhalt bieten, um eine wirksame Alternative für dieses dämonische Endecja-Polen darzustellen, vor dem man Angst hatte. Ich hatte mich auch ein bisschen vor diesem Gespenst gefürchtet. Aber nicht so sehr, dass ich gleich den Kommunisten um den Hals gefallen wäre.

[...]

Quelle: Historia stosowana – z Lechem Kaczyńskim, Prezydentem RP, rozmawia Andrzej Nowak [Angewandte Geschichte – mit Lech Kaczyński, Präsident der Republik Polen, spricht Andrzej Nowak], in: Arcana 70–71 (4–5 / 2006) mit freundlicher Genehmigung

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Warum mit der Geschichte regieren?

Ist das Gedächtnis ein Instrument der Macht oder auch eine Form von Freiheit?

Eine Debatte der Stefan Batory Stiftung über Geschichtspolitik

Marek A. Cichocki (Historiker, Berater des Staatspräsidenten): Wenn ein Mensch stirbt, vergeht mit ihm sein Gedächtnis. Mit dieser Erfahrung müssen wir uns nicht nur als Individuen auseinandersetzen, sondern auch als Gemeinschaft. Was soll man tun, damit das individuelle Gedächtnis nicht durch den Tod des Menschen vergeht? Es gibt verschiedene Antworten auf diese Frage. Der französische Soziologe Maurice Halbwachs behauptet, dass das gesellschaftliche Gedächtnis nur für eine bestimmte Zeit funktioniert, nämlich drei Generationen lang. Jeder von uns kennt das: Wir erinnern uns an unsere Großväter, aber schlechter fällt es schon bei den Urgroßvätern aus. Der deutsche Historiker Jan Assmann meinte, dass sich Halbwachs täusche, denn er habe nicht verstanden, dass das Gedächtnis eine kulturelle Substanz ist und in uns länger waltet als die über Generationen hinweg weitergegebene Erinnerung. Manchmal empfangen wir es sogar nur unbewusst. Anders gesagt, man kann Verbindungen zwischen sehr weit auseinander liegenden Erfahrungen feststellen, z.B. zwischen den Erinnerungen an die politische Kultur der I. Republik und den Ereignissen der Solidarność in den Jahren 1980/81. Hannah Arendt hat in »Vita activa oder Vom tätigen Leben« geschrieben, dass schon die alten Griechen wussten, dass allein die politische Gemeinschaft den Menschen ermöglicht, das Gedächtnis trotz des Todes des individuellen Gedächtnisses oder des Erlöschens des Generationengedächtnisses zu bewahren. Die Besonderheit der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts in unserem Teil Europas bewirkt, dass wir uns eine Antwort auf die Frage geben müssen, was wir mit der Erinnerung an sie machen wollen. Wenn wir uns mit der Strategie des individuellen Gedächtnisses oder des auf drei Generationen beschränkten Gedächtnisses einverstanden erklären, bedeutet das, dass das Gedächtnis dieser Erfahrungen schließlich aufhören wird zu existieren. Wenn wir

uns damit nicht abfinden wollen, müssen wir nach Lösungen suchen, das Gedächtnis zu retten. Diese Frage verbindet sich mit der seit vielen Jahren in Europa stattfindenden Diskussion zum Thema Versöhnung. Häufig treffen wir auf das Argument, dass die Bedingung für Versöhnung oder auch den Frieden in Europa ist, Abstand von der Denkweise in historischen Kategorien zu nehmen. Dies ist allerdings ein gefährliches Argument, denn es verspricht die Lösung des Problems des Leidens um den Preis des Verzichts auf das Gedächtnis oder die Identität. Die Versöhnungsrhetorik verspricht eine Welt ohne Leiden, eine Welt, in der wir an verschiedene Sachen nicht erinnern werden. Dank dessen werden wir unsere Identität nicht an der anderer reiben müssen, was ein schmerzhafter Vorgang wäre. Es ist also das Versprechen, uns von einem Leiden zu befreien, allerdings um den Preis eines neuen Leidens. Ich erinnere an einen Text des deutschen Autors Erich Obst, der sich mit dem Konzept einer neuen Ordnung Europas befasst. Obst schrieb ihn 1941 in Breslau. Er behauptete, dass das Projekt der Konsolidierung Europas zur Eliminierung der Verschiedenheiten der Identitäten führen müsse, da sie ein Hindernis für die Versöhnung darstellten. Er wisse, dass dies schmerzhaft und kostspielig im gesellschaftlichen und kulturellen Sinne werde und dass mit dem Versöhnungsprozess strukturelle Gewalt verbunden sein müsse. Dies müsse man aber in Kauf nehmen, um der schönen Idee willen. Dank dieser Gewalt würden wir in der Lage sein zusammenzuleben. Gleichzeitig kündigte er an, dass die Etappe der strukturellen Gewalt, die unerlässlich für das Erreichen des Ideals sei, später von einer klugen Versöhnungspolitik ersetzt werden müsse. Zusammengefasst, der Anspruch der Historiker, die alleinigen Verwalter des Gedächtnisses zu sein, ist in einer demokratischen Gesellschaft nicht zu akzeptieren. Das Gedächtnis muss sich mitten in der *polis* befinden. Das Gedächtnis ist auch Gegenstand der öffentlichen Diskussion mit allen Konsequenzen, dazu gehört z.B. auch, sich mit solchen Aussagen wie sie Roman Giertych von sich gibt, zu konfrontieren.

Maciej Janowski (Historiker, Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften): Ich kann nicht begreifen, warum in einem freien, demokratischen Land die Regierung ein Interesse daran hat, ein bestimmtes Bild der Erinnerung zu prägen.

Wenn wir die Länder unserer Region betrachten, sehen wir, dass alle Versuche, ein kollektives Gedächtnis zu schaffen, hoffnungslos dieselben waren und sind. Alle – Polen, Ukrainer, Rumänen, Ungarn und Tschechen – stellen sich als Nation von Helden dar und sind doch gleichzeitig unglücklich. Alle sind davon überzeugt, dass sie in ihrer Geschichte viel früher als die armen Franzosen eine Epoche der Freiheit hatten und die Idee der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit entdeckten. In Polen gilt als diese mythische Epoche die Adelsdemokratie, bei den Tschechen die Zeit der Husiten, bei den Ungarn das Fürstentum Siebenbürgen an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert, bei den Rumänen die Fürstentümer Moldau und Walachei, bei den Ukrainern das Hetmanat unter Chmielnicki. Alle diese Nationen sind auch davon überzeugt, dass ihre Freiheit durch einen äußeren Eingriff zerstört wurde und sie allein aus diesem Grund nicht zu den führenden Nationen Europas gehören. Schlimmer noch, sie müssen dem Westen aufgrund einer nicht selbst verursachten Schuld nachjagen. Die Lektüre der Arbeiten beruflicher und nicht-beruflicher Historiker – denn sowohl die einen als auch die anderen erschaffen solche mythischen Bilder – verursacht ein Gefühl der Scham. Man möchte, dass die eigene Nation ein bisschen klüger wäre und auf diese Art der Darstellung der Vergangenheit verzichtete; dass sie aufhörte, von ihrer Einzigartigkeit, ihrer bei anderen nicht anzutreffenden adligen Demokratie, von ihrem im Vergleich zu anderen größeren Leiden und von ihrer im Vergleich zu den anderen tieferen Freiheitstradition zu erzählen. Beim Beobachter von außen, der nicht aus dieser Region stammt und nicht alle hiesigen Bedingungen kennt, kann das Träumen solcher Mythen allenfalls ein mitleidiges Lächeln hervorrufen. Ich meine natürlich nicht, dass der Ausweg aus dieser Situation ist, von Amts wegen ein kritisches Bild anstelle des idealisierenden zu propagieren. Das Problem ist, dass der Staat es überhaupt als seine Aufgabe ansieht, ein Bild der Vergangenheit zu popularisieren. Man kann eine lange Diskussion über die I. Republik führen, auf die sich heutzutage viele Publizisten berufen. Ich bin allerdings der Ansicht, dass die wahre Erinnerung an den Staat vor den Teilungen um die Mitte des 19. Jahrhunderts verschwand. Die politische Tradition der Republik ist bereits in der Zeit des Positivismus tot. Niemand mehr hat damals das Funktionieren der I. Republik verstanden. Die Romane von Henryk Sienkiewicz sind ein hervorragendes Beispiel für ein falsches Verständnis der sarmatischen Mentalität. Derweil berufen wir uns mit Freude auf irgendeine Erinnerung und wollen nicht wahrhaben, dass sie künstlich entwickelt wurde. Natürlich möchte ich gern, dass sich bestimmte Vorstellungen über die Vergangenheit in der Gesellschaft verbreiten – allerdings sollten sie sich auf dem freien Markt der Ideen messen. Manche Denkweisen über die Vergangenheit sind wünschenswerter als andere, aber darüber sollte nicht der Staat entscheiden.

Zdzisław Krasnodębski (Soziologe und Gesellschaftsphilosoph, Professor an der Universität Bremen und der Kardinal Stefan Wyszyński Universität Warschau): Wir können über die Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung reden. Wir können über die Gestalt des Museums der Geschichte Polens oder über das Gesetz zur De-Ubekisierung streiten. Wir

können darüber debattieren, welchen Bewegungen und Personen Anerkennung gebührt und welche übergangen werden sollten. Jedoch scheint es mir nicht sinnvoll zu sein, darüber zu diskutieren, ob der Staat und die Politik etwas mit der Geschichte gemeinsam haben. Die Erinnerung war, ist und wird ein Instrument der Macht sein. Selbstverständlich ändert sich die Natur der Macht, man muss sie nicht unbedingt im preußischen Sinne verstehen.

Weder die Macht noch das Gedächtnis werden im vereinigten Europa vergehen. Die letzten Erfahrungen zeigen das Gegenteil. Sich auf die Erinnerung zu berufen, spielt eine immer größere Rolle in der internationalen Politik. Nicht nur Jarosław Kaczyński bedient sich historischer Erfahrungen in seiner Argumentation. [...] Man kann natürlich über die armen Länder Mitteleuropas spotten, die sich verschiedene historische Mythen ausdenken, die ihnen Bedeutung verleihen sollen. Aber diese Versuche der Mythologisierung rufen bei uns kein mitleidiges Lächeln hervor, sondern werden mit Verständnis aufgenommen.

Bleiben wir bei Deutschland. Unlängst fand dort ein Ereignis statt, das von der polnischen Presse nicht beachtet wurde: Es wurde beschlossen, in Berlin ein Denkmal zu Ehren der Bundeswehr zu bauen. Es wird den Soldaten gewidmet, die in Friedensmissionen gefallen sind. An der Idee selbst gibt es nichts Tadelnswertes. Die Deutschen waren und sind an vielen Brandherden der Welt, vom Kosovo bis Afghanistan, und haben Verluste zu beklagen. Es lohnt sich jedoch, eine Veränderung hervorzuheben: Vor 10 bis 15 Jahren war in universitären Kreisen das Schlagwort »Soldaten sind Mörder« in Mode. Dieses Denkmal zeigt das Einsetzen einer bestimmten neuen Erinnerung.

Viele Jahre wurde behauptet, dass die Polen im Vergleich zu ihren westlichen Nachbarn von der Geschichte befallen sind. Der deutsche Historiker Rudolf Jaworski schrieb sogar, dass die Polen sich mit der Geschichte betäuben, während die Deutschen vor ihr fliehen. Ich denke nicht, dass diese Ansicht zutrifft, umso mehr als sie heutzutage nicht wahr ist. Unlängst wurden drei dicke Bände unter dem Titel »Deutsche Erinnerungsorte« von Etienne François und Hagen Schulze herausgegeben. Das ist eine sehr interessante Lektüre. Lehrreich ist insbesondere, den Platz Polens im kollektiven Gedächtnis der Deutschen zu sehen. Nach diesem Buch kann man verstehen, warum die polnisch-deutschen Verhandlungen manchmal so schwierig sind. Ich bin nicht der Meinung, dass die polnischen Historiker die einzigen Nachlassverwalter der Erinnerung sind. Ich würde sogar sagen, dass sie nicht die Aufgaben erfüllen, die wir von der universitären Lehre verlangen könnten. Vor kurzem hatte ich eine Monographie über Rudi Dutschke in der Hand, einen der Anführer der Studentenrevolte 1968. In ihr wurde fast jeder Tag seines Erwachsenenlebens beschrieben. Wie viele Helden unserer Unabhängigkeits- oder Oppositionsbewegung haben so ein Werk erlebt? Wo kann man eine Biographie über Jacek Kuroń kaufen? Man kann dagegenhalten: Das ist nicht die Aufgabe des Staates. Das stimmt nicht. Der Staat beruft die Lehrstühle an der Universität, gibt Geld für die Forschung und steuert dank dessen verschiedene Prozesse.

In Polen haben wir den Zusammenstoß zweier Gedächtnisse, wir leben in einem Land des unbeendeten Bürgerkriegs. Im 20. Jahrhundert vollzog sich ein radikaler Wechsel der Eliten. Wir teilen uns in diejenigen ein, deren Eltern und Großeltern mit der II. Republik verbunden waren, und die, die diese bekämpft hatten. Man kann versuchen, diese Einteilung zu überwinden, aber man darf ihre Existenz nicht vergessen und man darf nicht glauben, dass sie vollständig verschwinden wird.

Wir diskutieren nicht darüber, ob es eine Beziehung zwischen Macht und Erinnerung gibt. Der Staat betreibt und wird weiterhin Geschichtspolitik betreiben. Aleksander Kwaśniewski hat dies gemacht, der ja eine bestimmte Politik der Auszeichnungen ausübte, indem er manche ehrte und andere vergaß. Man muss allerdings darüber diskutieren, wie sich der Staat mit der Gestaltung des Gedächtnisses befassen sollte und welches Bild der Geschichte Polens er fördern sollte.

Marcin Król (Ideenhistoriker, Professor der Universität Warschau, Redakteur von »Res Publica Nowa«): Zu welchem Zweck gibt es eine Staatsregierung? Um die politische Gemeinschaft aufrechtzuerhalten. Um sie zu unterstützen kann und muss die Regierung viel tun – dazu gehört auch die Manipulation der Erinnerung unter bestimmten Bedingungen. Solches Vorgehen ist erfolgreich oder auch nicht erfolgreich. Das hängt von der Begabung der Regierung ab. Die gegenwärtige Regierung manipuliert nicht erfolgreich, weshalb ihre Aktivitäten nicht das grundlegende Ziel erreichen: sie dienen nicht der Einheit der politischen Gemeinschaft.

Ein Beispiel für eine erfolgreiche Manipulation des Gedächtnisses mit dem Ziel des Zusammenschlusses oder auch der Stärkung der Gemeinschaft sind die Anstrengungen, die General de Gaulle nach dem Zweiten Weltkrieg unternahm. Sie führten dazu, dass die Franzosen die Tatsache der massenhaften Kollaboration mit dem Vichy-Regime aus ihrem Bewusstsein verdrängten. Die Überzeugung von der unbescholtenen Haltung in den Kriegsjahren hielt sich länger als die Regierung des Generals.

De Gaulle wusste ganz genau, was in Frankreich während der Okkupation geschehen war. An der eigenen Haut hatte er erfahren, was es bedeutet, in der Minderheit zu sein, aber er schaffte es, dies vergessen zu machen. Die Situation

nach 1945 zwang ihn, eine solche Haltung anzunehmen. Die Kommunisten begannen Säuberungen, es kam massenweise zu Lynchjustiz. Kollaborateure kamen um, aber auch Menschen, die der kommunistischen Partei bei der Machtübernahme hätten schaden können. Robert Aron behauptet in seinem Buch »Histoire de l'épuration«, dass ca. 100.000 Franzosen von ihren Landsleuten getötet wurden. De Gaulle hat das Schlachten unterbunden. Der Streit hörte auf. Frankreich wuchs zu einer europäischen Macht.

Ein Versuch der bewussten Manipulation war auch der sogenannte dicke Strich von Tadeusz Mazowiecki. Was war das Ziel? Mazowiecki, sich aller Unterschiede bewusst, wollte ähnlich wie de Gaulle den Streit beenden. Er wollte die Bürger überzeugen: »Fangen wir an, Polen aufzubauen, ein großes und wunderbares Vaterland. Lassen wir außer Acht, wer beim Staatssicherheitsdienst war und wer nicht. Befassen wir uns gemeinsam damit, die Zukunft zu gestalten.« Dieser Versuch erwies sich als nicht erfolgreich.

Meiner Meinung nach darf man solche Handlungen nicht verurteilen. Es zählt nur – hier berufe ich mich auf Machiavelli – ob sie wirksam, radikal und deutlich sind. Ich kritisiere nicht, dass die Machthaber versuchen, das Gedächtnis zu manipulieren. Der Vorwurf ist ein anderer: Die Manipulation des Gedächtnisses treibt auseinander und verbindet nicht. Ich würde sogar der Notwendigkeit, Teilungen hervorzurufen, zustimmen, aber anschließend müssen die Gräben schnell zugeschüttet werden. Die gegenwärtige Regierung ist dazu nicht in der Lage. Sie soll also lieber nicht weiter in der Erinnerung wühlen, denn sie lässt das Land im Zustand des Zerfalls zurück.

Joanna Tokarska-Bakir (Kulturanthropologin, Professorin der Universität Warschau): Wenn, wie Krzysztof Michalski nach Nietzsche sagt, »die Geschichte noch ein weiterer Name für die Welt ist, in der wir leben«, dann wäre Geschichtspolitik die Politik für die Welt, in der wir leben, d.h. ganz einfach Politik. Geschichtspolitik ist also gewöhnliche Politik, die versucht, die Geschichte zu dominieren. Dem kann man nicht zustimmen.

Geschichtspolitik hat die Tendenz, in die Fehler zu verfallen, die wir aus dem Diskurs über Geschichte kennen. Ich denke an zwei Hauptarten, die Geschichte zu manipulieren. Die erste, heute eher selten auftretende ist die *suggestio falsi*, d.h. die Unterstützung eindeutig falscher Darstellungen der Geschichte. Die zweite, häufigere, besonders in der Geschichtspolitik beliebte, ist die *suppressio veri*. In diesem Fall werden bestimmte unbequeme Darstellungen der Geschichte ganz einfach übergangen. Die Projektanten der Geschichtspolitik suggerieren häufig, dass das Erreichen der vollen Wahrheit über die Geschichte Ausdruck politischer Naivität ist. Anstelle des »kritischen Patriotismus« schlagen sie den »modernen Patriotismus« vor, in dem »sich positive Erfahrungen als wichtiger erweisen als die negativen und schändlichen und die Helden als wichtiger als die Verräter und Feiglinge.«

Schlechtes verheißt jedoch das Konzept, das als Ausgangspunkt Engelhaftigkeit setzt. Geschichtspolitik, die Engelhaftigkeit propagiert, übt notwendigerweise *suppressio veri* aus – eine Unterdrückung derjenigen Aspekte der Geschichte, auf die wir nicht unbedingt stolz sein können. Das Konzept einer Gemeinschaft, die auf Stolz aufgebaut ist, gegenüber einer Gemeinschaft, die auf Schande aufgebaut ist, scheint mir von Grund auf falsch zu sein. Nah ist mir das Bild einer reifen Nation, die in der Lage ist, sich zu ihren Fehlern zu bekennen, nicht dagegen das einer kindischen Nation, die es nicht vermag, sich Schandtaten einzugestehen.

Daria Nałęcz (Historikerin, ehem. Direktorin der Staatsarchive): Ich möchte nach dem Konflikt zwischen dem Interesse der Gesellschaft und dem des Individuums fragen. Hat das Gedächtnis keinen Platz auf der Liste der Freiheiten, um die wir jahrelang gekämpft haben? Haben wir nicht das Recht, der Ansicht zu sein, dass es so viele Gedächtnisse gibt, wie es Menschen und Gemeinschaften gibt, und dass jedes dieser Gedächtnisse gleichermaßen durch verbindende Strukturen, wie der Staat sie bietet, geschützt wird? Die Erinnerung ist Teil unserer Identität. Sollen wir also alle dieselbe Identität haben? Anders gesagt: Wo ist die Grenze zwischen den totalen Forderungen der Gemeinschaft und den liberalen Bestrebungen, individuelle Identitäten zu wahren?

Dariusz Stola (Historiker, Collegium Civitas und Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften): Alle meine Vorredner konzentrierten sich auf die Macht des Staates. Aber das ist nicht die einzige Art von Macht. Außer der Macht eines jeden Einzelnen über seine eigenen Erinnerungen gibt es noch weitere nichtstaatliche »Mächte«: die des Familienoberhaupts, der Kirchen und verschiedenster Autoritäten. Aus Untersuchungen der öffentlichen Meinung geht hervor, dass in Sachen Vergangenheit dem Augenzeugen die größte Autorität zugesprochen wird, gleich nach ihm kommen die Berufshistoriker. Ein Staat, der das Recht fordert, sich in die Erinnerung der Vergangenheit einzumischen, handelt nicht folgenlos: Er nimmt sie jemandem weg, stellt jemandes Autorität in Frage. Die Erinnerungen sind ein ausgelegtes Netz der Macht, der Abhängigkeiten, der Autoritäten. Deshalb muss auch die Intervention des Staates in diesem Bereich gut begründet sein.

Zbigniew Bujak (Chef der Solidarność in der Region Masowien mit der Hauptstadt Warschau 1980–1981, nach dem Kriegszustand Mitglied der Gewerkschaftsführung im Untergrund, 1991–1997 Abgeordneter): Einige Immobilien, ehemals deutsche, heute polnische, wurden nicht nur renoviert, sondern es wurde auch eine Information über den ehemaligen Besitzer angebracht. Dafür möchte ich danken. In diesem Vorgehen zeigt sich Stärke, Sicherheit und das Gefühl, Subjekt zu sein. Es zeigt: Wir haben euren Besitz übernommen und nutzen ihn, wir bauen die Zukunft unseres Landes. Der Besucher aus Deutschland, der so eine Informationstafel sieht, denkt bestimmt: »Bitte sehr, sie haben keine Angst.«

Ich möchte auch einem Gemeindevorsteher danken, der einen zurückgelassenen Gedenkstein fand. Es stellte sich heraus, dass er Bismarck gewidmet war. Dieser Gemeindevorsteher hat den Stein erneuern lassen. Er fürchtete sich nicht. Ich sehe darin Stärke und Ernsthaftigkeit. Sofort kamen Stimmen auf: »Nein, Bismarck darf man kein Denkmal setzen, er hat uns germanisiert.« Ich möchte fragen: Na und? Ein restaurierter Gedenkstein ist kein Zeugnis deutscher Dominanz, sondern ein Symbol unseres Sieges. Eine solche Haltung möchte ich auf der höchsten Regierungsebene sehen.

Dariusz Gawin (Ideenhistoriker, Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften): Wenn ich an Geschichtspolitik denke, habe ich keine Probleme damit, mir schändliche oder schwierige Ereignisse ins Gedächtnis zu rufen. An der Seite von Józef Piłsudski kämpften 1920 einige Tausend »weiße« Russen [Anhänger des bürgerlichen Russlands im russischen Bürgerkrieg, Anm. d. Übers.]. Das war das einzige Beispiel für polnisch-russische Waffenbrüderschaft in der neuesten Geschichte. Wir aber haben diese Russen verraten, ähnlich wie die Ukrainer. Das ist eine der schändlichsten Taten in unserer Geschichte des 20. Jahrhunderts. Wir sollten diesen Menschen ein Denkmal setzen, jedoch erinnert niemand an sie.

Maciej Janowski hat in seinem Beitrag auf bekannte Argumente zurückgegriffen. Sie werden in jeder Generation wiederholt. Es heißt: Alle diese stolzen Vorstellungen von der eigenen Vergangenheit klingen lächerlich. Alle in Europa haben ähnliche Forderungen. Bezieht sich diese Kritik aber auch auf England und die Vereinigten Staaten? Ist die Erzählung von der amerikanischen Verfassung etwa lächerlich? Natürlich nicht, kann man als Antwort hören. Das ist Weltgeschichte. Es zeigt sich, dass nur die Geschichte von Mitteleuropa lächerlich ist – die andere auf gar keinen Fall. Es wird eine Hierarchie aufgestellt: Bei einigen ist der Anspruch, die Erinnerung zu gestalten, objektiv begründet, bei anderen nicht.

Ist Polen Tschechien? Ist Polen die Slowakei? Mir geht es nicht darum, eine Diskussion auf dem Niveau »wir waren mehr« zu führen. Aber man darf nicht vergessen, dass wir eine andere und umfassendere Geschichte hatten. Wenn man uns alle in einen Sack steckt, verursacht das, dass eine Generation heranwächst, die sich in der zeitlichen und räumlichen Dimension Polens nicht orientieren können. Das wird eine schlechte Tagespolitik zur Folge haben.

Das Schlüsselproblem bei der Manipulation des Gedächtnisses ist der Stolz. De Gaulle hat die Vergangenheit ausgestrichen und hat gleichzeitig den Franzosen gesagt: Ihr müsst stolz sein, Frankreich ist groß und hat seine Bedeutung. Und er war erfolgreich damit. Man kann viele Dinge verschweigen, aber man muss eine Sprache anbieten, in der sich die Menschen wiederfinden. Eine Sprache, in der die Bürger das Gefühl haben, stolz zu sein, dass sie zusammen sind.

In den 1990er Jahren wurde den Polen keine Sprache des Stolzes angeboten. Aus diesem Grunde ereigneten sich viele schlechte Dinge. Heute diskutieren wir nicht mehr über die Sinnhaftigkeit, Geschichtspolitik zu betreiben. Das ist ein großer Erfolg.

Halina Bortnowska (katholische Publizistin): Ich stimme der Bemerkung von Daria Nałęcz zu, dass das Gedächtnis eine Form der Freiheit ist. Es sollte als eines der Menschenrechte unter Schutz stehen. Die europäischen Gesellschaften sind pluralistisch, besonders im Hinblick auf die Erinnerungen, und keine Politik von oben sollte dies verletzen. Die Menschen werden wahrscheinlich sowieso ihre Erinnerung in einem gemeinsamen, von einer größeren Gemeinschaft geteilten Gedächtnis aufgehen lassen, aber dieser Prozess muss freiwillig vonstatten gehen. Er darf nicht über Eliminierung oder die Injektion der Unwahrheit vollzogen werden. Man darf keine monolithischen Institutionen gründen, in denen ein bestimmtes Bild der Geschichte als verbindlich gilt und propagiert wird und Wissenschaftler, die einen anderen Blickwinkel einnehmen, gezwungen werden zu gehen. Es sollten keine Institutionen bestehen, deren Produkte einen privilegierten Status haben und wissenschaftliche Untersuchungen mit der Vorbereitung von Gerichtsurteilen verwechselt werden. Ist doch ein Gerichtsurteil das eine und eine historische Hypothese das andere.

Mich bestürzt der Mangel an methodologischem Bewusstsein, den ich bei jungen Menschen beobachte, die sich mit Geschichte beschäftigen wollen. Sie wollen sich mit Public Relations beschäftigen, aber nicht Wissenschaft ausüben. Das erinnert mich an die allerschlimmsten Zeiten – an die zweite Hälfte der 1940er Jahre.

Maciej Janowski: Ist es tatsächlich so, dass das Gedächtnis in offensichtlicher Form ein Instrument der Macht ist? Der Staat ist so wie die Form, die ihm zugestanden wird. Natürlich macht der Staat immer Geschichtspolitik. Aber er kann das auf unterschiedliche Weise tun. Man kann es so machen wie in meiner Jugend. In der Grundschule wurde ich gelehrt, dass es keine neutralen Staaten hinsichtlich der gesellschaftlichen Klassen gebe, dass der Staat immer eine Institution der Macht der Klasse sei. Vielleicht ist darin ein Körnchen Wahrheit, aber schließlich besteht ein großer Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion unter Stalin.

Ich stimme dem Vergleich der tschechischen und polnischen Geschichte, wie ihn Dariusz Gawin unternommen hat, nicht zu. Die Tschechen haben das gleiche überlegene Gefühl uns gegenüber wie wir ihnen gegenüber. Hier besteht eine vollkommene Symmetrie. Ich verstehe nicht, warum die polnische Geschichte vollständiger und reicher als die tschechische sein soll.

Die Länder Osteuropas habe ich kaum ausgelacht, habe ich doch das Gefühl, dass ich selbst zu ihnen gehöre. Aber es sollten sich nicht kleine oder mittelgroße Nationen mit einer – sprechen wir diese Banalität offen aus – rezeptiven Kultur mit England oder den Vereinigten Staaten vergleichen, wenn sie nichts Besonderes in die historische Schatzkammer eingebracht haben.

Marek A. Cichocki: Wenn wir über die Beziehung zwischen dem Gedächtnis und der Staatsmacht sprechen, klingen darin immer die Erfahrungen des 19. Jahrhunderts oder der Volksrepublik mit. Für mich gibt es hier kein Problem, wir leben in einem demokratischen Land. Mit allem Respekt für diejenigen, die älter als ich sind, ich verstehe ganz einfach das Problem nicht. Mir gefällt der Begriff »Manipulation« nicht, den Marcin Król verwendet hat. Er beschreibt die tatsächliche Beziehung zwischen Erinnerung und Politik im heutigen Polen nicht, obwohl wir es natürlich mit dummen, unverantwortlichen Aussagen mancher Politiker zu tun haben können.

Zbigniew Bujak erzählte von einem Gemeindevorsteher, der einen Bismarck gewidmeten Obelisk gefunden habe. Er wusste nicht, was das ist, aber er wusste, dass das etwas Altes ist, aus vergangener Zeit, und entschied sich, es zu restaurieren. Sofort fällt mir eine Anekdote von einem afrikanischen Stamm ein. Aus einem Flugzeug fiel ihnen eine Coca Cola-Flasche vor die Füße. Sie wussten auch nicht, was das ist, aber es war sehr faszinierend und so bauten sie um die Flasche herum ihre Religion auf. Ich habe nichts dagegen, die Substanz einer anderen Kultur auf Gebieten zu bewahren, die gegenwärtig Gebiete des polnischen Staates sind. Wir müssen aber verstehen, was wir rekonstruieren.

Diskussion vom 26. Juni 2007 geleitet von Jarosław Kurski. Die Auszüge wählte Adam Leszczyński aus. Der vollständige Text wird von der Stefan Batory Stiftung veröffentlicht.

Quelle: Gazeta Wyborcza vom 14. / 15. 07.2007 mit freundlicher Genehmigung

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Chronik
Vom 18. September bis zum 01. Oktober 2007

18.09.2007	Der Leiter des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN), Janusz Kurtyka, gibt bekannt, dass bis zu den Parlamentswahlen keine Informationen über Personen des politischen Lebens veröffentlicht werden sollen, um dem Verdacht entgegenzuwirken, dass sich das IPN am Wahlkampf beteilige.
19.09.2007	Die Europäische Kommission akzeptiert den polnischen Vorschlag für den Investitionsplan »Infrastruktur und Umwelt«, nach dem Polen EU-Mittel in Höhe von 27,9 Mio. Euro in das Verkehrsnetz, die Energieversorgung und die Abfallwirtschaft investieren will, und gibt ihn zur Unterschrift frei.
20.09.2007	Der ehemalige Ministerpräsident und Parteivorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Leszek Miller, der vergangene Woche seinen Parteaustritt bekannt gegeben hatte, kandidiert auf Platz 1 der Wahlliste der Selbstverteidigung (Samoobrona) in Lodsch. Der Parteivorsitzende der SLD, Wojciech Olejniczak, tritt in Lodsch als Spitzenkandidat für das Parteienbündnis Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD) an.
20.09.2007	In einem offenen Brief geht der Vorstandsvorsitzende der Helsinki-Stiftung für Menschenrechte, Marek Antoni Nowicki, auf die Verhöre von über 200 mit der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) verbundenen, i.d.R. jungen Menschen ein, die auf Veranlassung der Bezirksstaatsanwaltschaft Warschau im August d.J. begonnen worden waren, um evtl. Unstimmigkeiten im Wahlkampf 2005 aufzuklären. Die Helsinki-Stiftung für Menschenrechte übertreibe nicht, indem sie die Handlungen der Staatsanwaltschaft als politisch charakterisiere und in ihnen ein Beispiel dafür sehen, wie Organe der Strafverfolgung im Wahlkampf genutzt würden. Sie fordere von der Staatsanwaltschaft erschöpfende Erklärungen dieses Vorgehens und seiner Notwendigkeit. Zweifel würde insbesondere der Zeitpunkt des Vorgehens während des Wahlkampfes wecken sowie die Ankündigung von Justizminister Zbigniew Ziobro, Anfang September Fakten und Beweise über Oppositionspolitiker offen zu legen.
21.09.2007	Der Sprecher des Außenministeriums, Robert Szaniawski, bestätigt, dass Polen es abgelehnt habe, sein Einverständnis zur Beobachtung der Parlamentswahlen am 21. Oktober durch Vertreter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu geben. Polen sei eine gefestigte Demokratie, die Notwendigkeit einer Wahlbeobachtung sei nicht ersichtlich. Die Sprecherin des Warschauer Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (Office for Democratic Institutions and Human Rights – ODIHR) der OSZE, Urdur Gunnarsdottir, betont, dass die Einladung von OSZE-Wahlbeobachtern die Pflicht eines jeden Mitgliedslandes der OSZE sei und die OSZE selber entscheide, ob Beobachter entsandt würden.
22.09.2007	Der ehemalige Ministerpräsident Leszek Miller, der vergangene Woche aus der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) ausgetreten war, gibt die Gründung einer neuen Partei, der Polnischen Linken (Polska Lewica), bekannt.
22.09.2007	Außenministerin Anna Fotyga teilt mit, dass im Jahr 2006 aus dem Programm »Polnische Auslandshilfe« (Polska Pomoc Zagraniczna) 920 Mio. Zloty in Länder geflossen seien, die sich gegenwärtig in einem politisch-gesellschaftlichen Transformationsprozess befinden. Dies bedeute eine Steigerung um 40 % im Vergleich zum Vorjahr.
22.09.2007	Jarosław Kaczyński, Ministerpräsident und Vorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), sagt auf einer Wahlkampfveranstaltung in Rzeszów, dass sich eine Koalition aus Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD) an die Macht heranschleiche. Sollten sie die Parlamentswahlen gewinnen, käme das dem 13. Dezember 1981 (Ausrufung des Kriegsrechts durch die kommunistischen Machthaber) gleich.
23.09.2007	Auf einer Parteiveranstaltung von Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD) in Kielce wird der ehemalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski, Vorsitzender des LiD-Wahlkomitees, zum Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten bestimmt. Kwaśniewski fordert Ministerpräsident Jarosław Kaczyński zu einer öffentlichen Debatte heraus. Polen habe ein zwei Jahre dauerndes, nicht gelungenes Experiment hinter sich.
24.09.2007	Der Bürgerrechtsbeauftragte Janusz Kochanowski wendet sich an die Staatsanwaltschaft Warschau, um Informationen über die rechtliche Grundlage der Verhöre von Mitarbeitern des Wahlkampfes 2005 der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) zu erhalten. Die Verhöre hatten Ende August begonnen. In der vergangenen Woche hatte bereits der Vorstandsvorsitzende der Helsinki-Stiftung für Menschenrechte, Marek Antoni Nowicki, scharfe Kritik daran geäußert.

25.09.2007	Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Martin Schulz, kritisiert während einer Debatte im Europäischen Parlament Polens Ablehnung, einen Europäischen Tag gegen die Todesstrafe einzuführen, sowie Staatspräsident Lech Kaczyński, der sich offen für die Todesstrafe ausspricht. Schulz fordert die Europäische Union auf, Polen zu zeigen, dass es in dieser Frage vollkommen isoliert sei. Der Europaabgeordnete Konrad Szymański (Recht und Gerechtigkeit, Prawo i Sprawiedliwość – PiS) stellt klar, dass es Polen um ein weiter gefasstes Konzept eines Europäischen Tages gehe, das auch ein Nein zu Abtreibung und Sterbehilfe umfasse.
26.09.2007	Die Europäische Kommission teilt mit, dass laut Stand vom 31.08. Polen erst 16 % der zugesprochenen Summe (4,184 Mrd. Euro) aus dem Kohäsionsfonds für die Jahre 2004 – 2006 ausgegeben hat. Polen nehme damit den 10. Platz unter den zehn neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein. Die Ministerin für Regionale Entwicklung Grażyna Geśicka teilt mit, dass die Europäische Kommission keine aktuellen Daten habe; es seien bereits 33 % der Summe ausgezahlt worden.
27.09.2007	Der Europarat teilt mit, dass am Vortag der 10. Oktober als Europäischer Tag gegen die Todesstrafe festgelegt worden sei. Nach Außenministerin Anna Fotyga ist diese Entscheidung eine Vergewaltigung der Rechtsvorschriften des Europarats und des Geistes der Zusammenarbeit in diesem Gremium. Polen erkläre die Entscheidung für null und nichtig. Polen sehe in der Festsetzung eines solchen Tages keinen realen Nutzen, werde doch in keinem Land des Europarats die Todesstrafe vollstreckt.
28.09.2007	Nach Meinung des Parteichefs der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Donald Tusk, ist eine Zusammenarbeit zwischen Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und der postkommunistischen Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) nach den Wahlen nicht ausgeschlossen. Beide Parteien würden ein östliches Politikmodell und ein postsowjetisches Konzept der Machtausübung anwenden.
29.09.2007	Auf einer Wahlkampfveranstaltung der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) in Krakau übt der ehemalige Außenminister Władysław Bartoszewski scharfe Kritik an der gegenwärtigen Regierung, die ihre Frustrationen und psychischen Probleme an der Nation abreagiere und das Recht manipulierte. Er wisse auch nicht, wie er Ausländern die Situation in Polen erklären könne, wo die Regierung auf 17 Jahre Souveränität spucke und erkläre, die Mehrheit ihrer Diplomaten seien ausländische Agenten.
29.09.2007	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński greift auf einer Veranstaltung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in Stettin die Vorwürfe des ehemaligen Außenministers Władysław Bartoszewski an seiner Regierung auf und lobt die Fortschritte in der polnischen Außenpolitik der vergangenen zwei Jahre: Seine Regierung habe den von Bartoszewski gepflegten Stil der Außenpolitik der »tiefen Verbeugungen« abgelegt
30.09.2007	Staatspräsident Lech Kaczyński tritt Vorwürfen der Opposition entgegen, er habe auf einer Reise in die Vereinigten Staaten eine Veranstaltung mit der Polonia genutzt, um Wahlkampf für Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zu betreiben.
01.10.2007	Am Abend (nach Redaktionsschluss zu dieser Ausgabe) wird eine Fernsehdebatte zwischen Ministerpräsident Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), und dem ehemaligen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski, Vorsitzender des Programmrats von Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD), stattfinden. Die Debatte wird als Kwaśniewskis politisches Comeback gewertet.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung sowie der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für die Anschubfinanzierung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte“, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2007 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de